

Computerspiele:
Schund oder Kultur?

politik *und* kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 02/07 • März - April 2007

www.kulturrat.de

3,00 € • ISSN 1619-4217 • B 58 662

Kulturpolitik Thüringen

Wie sollte die künftige Kulturpolitik in Thüringen aussehen? Damit setzen sich der Thüringer Kultusminister, die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen im Thüringer Landtag und Vertreter aus Thüringer Kulturverbänden auseinander.

Seiten 5 bis 11

Erinnerungskultur

In welche Zusammenhänge muss das Erinnern an Flucht und Vertreibung eingebettet sein? Dies behandeln Olaf Zimmermann, Erika Steinbach, Wolfgang Börnsen, Monika Griefahn, Hans-Joachim Otto, Christoph Waitz und Lukrezia Jochemsen.

Seiten 12 bis 15

Kultur und Kirche

Welche Rolle spielt die Kultur im Zukunftspraxisprozess der Evangelischen Kirche? Gehört Kultur zu den Kernaufgaben der Kirche oder sind Kunst- und Kulturangebote ein Zusatzservice. Mit diesen Fragen setzen sich Wolfgang Huber, Olaf Zimmermann und Georg-Christhard Neubert auseinander.

Seiten 16 bis 19

puk-Journalistenpreis

Im Januar 2007 wurde zum dritten Mal der *puk*-Journalistenpreis für die allgemeinverständliche Vermittlung kulturpolitische Inhalte vergeben. Gitta Connemann würdigt die Preisträger Wilfried Mommert, Tamara Tischendorf und die Kulturredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Seiten 28 bis 29

Kultur Kompetenz Bildung

Sind Computerspiele Schund oder Kultur? Dieser Frage wird in Kultur Kompetenz Bildung nachgegangen. Das Thema Computerspiele wird von Seiten der Medienpädagogik, der Spieleindustrie und der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) betrachtet.

Beilage Seiten 1 bis 8

Wer soll sich da mit wem versöhnen?

DIE LINKE will keinen Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur • Von Lukrezia Jochimsen

In ihrer Koalitionsvereinbarung haben CDU/CSU und SPD festgelegt, dass in dieser Legislaturperiode ein sichtbares Zeichen zum Thema Vertreibung gesetzt werden soll. Auch die Bundeskanzlerin warb in ihrer Antrittsrede intensiv aber vor allem widersprüchlich für ein Vertriebenen-Zentrum in Berlin – „als Geste der Versöhnung“. Unsere Fraktion fragt: Wer soll sich da mit wem versöhnen?

Und wenn im Koalitionsvertrag die Gedenkstättenförderung des Bundes unter „angemessener Berücksichtigung der beiden Diktaturen in Deutschland“ in Aussicht gestellt wurde, da wollen wir wissen, was unter *angemessen* zu verstehen ist.

Wichtig ist für die LINKE, dass es keinen Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur gibt. Das Leid der

Vertriebenen darf nicht instrumentalisiert werden, um damit die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen zu überlagern.

Im Verlauf des vergangenen Jahres mehrten sich Zeichen für eine veränderte Akzentsetzung der Bundesregierung in der Erinnerungskultur, indem von Regierungsvertretern vor allem das Gedenken an deutsche Opfer von Flucht und Vertreibung in den Vordergrund gestellt wurde. Der Leiter der Abteilung Kultur beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Hermann Schäfer, hielt anlässlich der Eröffnung des Weimarer Kunstfestes zum Thema „Gedächtnis Buchenwald“ eine Rede über Flucht und Vertreibung, ohne auf die Opfer des deutschen Faschismus einzugehen.

In der umstrittenen Ausstellung „Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhun-

Um konkrete Elemente dieser Dauerausstellung zu erarbeiten, ist es wichtig, in naher Zukunft eine internationale Konferenz nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Netzwerk durchzuführen. Wenn wir ein „Sichtbares Zeichen“ wollen, das der Versöhnung dienen soll, ist die Zusammenarbeit mit den Ländern, die im „Europäisches Netzwerk“ zusammengeschlossen sind, unumgänglich. Ich möchte alle Beteiligten und Betroffenen einladen, diesen Prozess der Umsetzung konstruktiv zu begleiten. Auf diesem Weg werden wir gemeinsam ein gutes Ziel erreichen.

Die Verfasserin ist kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion ■



Eröffnung der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ am 2.12.2005 im Haus der Geschichte in Bonn: Prof. em. Dr. Hans Maier, einer der Eröffnungsredner.

Foto: Cynthia Rühmekorf

Fortsetzung von Seite 14

on über den Umgang mit dem Gedenken an Vertreibungen des 20. Jahrhunderts diskutiert. Dabei hat es große Übereinstimmungen gegeben. Wir wollen ein „sichtbares Zeichen“ für das Gedenken an Vertreibungen. Doch dieses wird in unseren Augen folgende zentrale Punkte beinhalten müssen. Es soll eine Dauerausstellung auf der Grundlage der vom Bonner „Haus der Geschichte“ (HdG) konzipierten Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ geben. Die mögliche Einrichtung, die die Ausstellung beherbergt, sollte ausschließlich in öffentlicher, staatlicher Trägerschaft sein, wobei das Dach der Trägerschaft noch zu diskutieren ist.

derts“ konnten die Besucher den Eindruck gewinnen, der Holocaust sei nur eine Schandtät unter vielen gewesen. Dennoch wurde die vom Bund der Vertriebenen verantwortete Schau vom Kulturstaatsminister Neumann als ein Baustein für ein öffentliches Zeichen zum Thema Vertreibung bewertet. Die ebenfalls dem Thema Vertreibung gewidmete Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

war zuvor vom Kulturstaatsminister in seiner Rede zur Eröffnung im Deutschen Historischen Museum schon zum Herzstück einer künftigen Dauerausstellung in Berlin erklärt worden.

Und das Bundesinnenministerium wies das Mahnmahl für die ermordeten Jüdinnen und Juden an, zum Gedenken an die deutschen Vertriebenen die Nationalflagge zu zeigen. Diese Anweisung wurde zwar rückgängig gemacht, allerdings mit äußerst zweifelhaften Begründungen.

Diese Ereignisse veranlassten die Fraktion DIE LINKE in einer Anfrage die Bundesregierung aufzufordern, Stellung zu beziehen, ob sie eine neue Erinnerungspolitik anstrebt und wie sie den verstärkten Bezug auf das Thema der deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung begründet.

Die Antwort der Bundesregierung war klar: Sie beabsichtige kei-

Weiter auf Seite 16

Wer soll sich da mit wem versöhnen?

ne inhaltliche Änderung bei der Bewertung und Aufarbeitung der NS-Diktatur vorzunehmen. Die NS-Diktatur und der durch sie verursachte Holocaust seien in ihrer menschenverachtenden grausamen Dimension einzigartig und durch nichts zu relativieren. Die Erinnerung hieran wach zu halten, bleibe eine herausragende Aufgabe ihrer Gedenkstättenpolitik. Dem stehe aber nicht entgegen, dass sich die Bundesregierung zur Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung bekenne.

Wir begrüßen diese klare Äußerung und werden die Bundesregierung beim Wort nehmen. Für DIE LINKE ist essentiell, dass keine reine deutsche Opfergeschichte geschrieben wird. So dürfen Ausstellungen und Mahnmale gegen Vertreibung nicht dem Geschichtsrevisionismus dienen.

Flucht und Vertreibung gehören zu den schrecklichen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts und sind auch heute noch allgegenwärtig. An sie zu erinnern, ist wichtig und richtig.

Aber die Geschichte der Vertreibung handelt nicht nur von der Vergangenheit, sondern auch von der Gegenwart. Sie hat weder im 20. Jahrhundert begonnen noch ist sie damals zu Ende gegangen. Die LINKE vertritt die Auffassung, dass man Geschichte nicht für sich allein hat, sondern immer mit anderen gemeinsam. Dies gilt insbesondere für Länder, Völker und Nationen. Deshalb ist Erinnerungskultur ebenso wichtig wie schwierig.

Im Koalitionsvertrag haben sich die beiden großen Volksparteien ausdrücklich „zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung“ bekannt: „Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um – in Verbindung mit dem europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität

über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“

Dieser Netzwerkgedanke und der Hinweis auf den Dialog mit den beteiligten Ländern ist für uns ausschlaggebend. Sollte es zu keiner Kooperation mit den Ländern Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn kommen – Anzeichen dafür gibt es – dann kann dieses „sichtbare Zeichen“ in Berlin aus unserer Sicht nicht gesetzt werden.

Die von Deutschland ausgehenden Verbrechen des Nationalsozialismus verpflichten, in mahnender Erinnerung zu behalten, dass in der europäischen Geschichte Vertreibungen immer eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben.

Bei einer umfassenden Betrachtungsweise der Geschichte und Kultur von Mittel- und Osteuropa wird deutlich, dass die oft mit großem Leid und Opfern verbundenen unfreiwilligen wie auch die freiwilligen Bevölkerungsbewegungen das Gesicht Eu-

ropas nachdrücklich geprägt haben. Sie sind Grundlage des heutigen Zustands von Europa als einem Kontinent ethnisch-kultureller Vielfalt.

Die heute im Rahmen der Globalisierung stattfindenden Wanderungen verweisen darauf, dass dieser Prozess keinesfalls an ein Ende gelangt ist. Große Bevölkerungsverchiebungen werden auch das Europa der Zukunft prägen. Wichtiger Bestandteil einer europäischen Kultur- und Erinnerungspolitik ist daran zu erinnern, dass Europa in seiner Geschichte nie gekennzeichnet war durch ethnisch-kulturelle Homogenität, sondern durch Vielfalt.

Während des Nationalsozialismus und in der unmittelbaren Nachkriegszeit waren Definitionen wie „deutsche Volkszugehörigkeit“ oder „deutsche Kultur“ Auslöser für humanitäre Katastrophen riesigen Ausmaßes. Wenn in manchen Teilen Osteuropas und Südosteuropas wieder mit ethnisch-kulturellen Definitionen Zugehörigkeit und Ausschluss begründet werden, so wird es umso wichtiger in der Kultur- und Erinne-

rungspolitik zur Überwindung solchen „völkischen“ Denkens beizutragen.

Europa hat sich *Vielfalt in der Einheit* auch kulturell zum Programm gesetzt. Für dieses Europa ist die Geschichte der Umsiedlung deutschsprachiger Menschen seit dem späten Mittelalter, die machtpolitische Instrumentalisierung von Minderheiten im Nationalismus, die völkische Expansions- und „Säuberungs“-Politik der Nationalsozialisten und das Schicksal der deutschsprachigen Minderheiten während und nach dem Nationalsozialismus, reich an Lehren. Eine wesentliche lautet: Minderheiten im Rahmen nationaler Großmachtspolitik zu instrumentalisieren ist genauso verwerflich wie sie im Rahmen einer kollektiven Schuldzuweisung oder zur endgültigen Regelung von Grenzfragen umzusiedeln oder auszuweisen.

Die Verfasserin ist kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag ■